

Substanzielles Protokoll 138. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 12. September 2012, 17.00 Uhr bis 19.58 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Albert Leiser (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Substanzielles Protokoll: Isabelle Ryf

Anwesend: 119 Mitglieder

Abwesend: Bruno Amacker (SVP), Patrick Blöchlinger (SD), Alain Kessler (FDP), Roger Tognella (FDP), Lucia Tozzi (SP), Ursula Uttinger (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|---|-----------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2010/165 | Büro, Ersatzwahl für die ins Ratssekretariat gewählte Christina Hug (Grüne) für den Rest des Amtsjahres 2012/2013 | |
| 3. | 2010/166 | Büro, Ersatzwahl einer Ratssekretärin für die verstorbene Verena Röllin (SP) für den Rest der Amtsdauer 2010–2014 | |
| 4. | 2012/311 | * Weisung vom 29.08.2012:
Collegium Novum Zürich, Beitrag 2013–2016 | STP |
| 5. | 2012/312 | * Weisung vom 29.08.2012:
Motion von Anton Stähler (CVP) und Robert Schönbächler (CVP) betreffend Meierhofplatz, Aufwertung, Bericht und Abschreibung | PV
VTE |
| 6. | 2012/322 | * Weisung vom 05.09.2012:
ERZ Entsorgung + Recycling, ZAV Zürcher Abfallverwertungs-
Verbund, Aufgabenübertragung an die noch zu gründende
Zürcher Abfallverwertungs AG | VTE |
| 7. | 2012/320 | * Postulat von Michael Schmid (FDP) und Dr. Urs Egger (FDP)
vom 29.08.2012:
Verunreinigung und Beschädigung der Parkanlagen rund um
das Seebecken, Anordnung von zweckmässigen Massnahmen | PV
E |
| 8. | 2012/139 | Weisung vom 04.04.2012:
Tiefbauamt, Bahnhofstrasse, Aufwertung und Erneuerung
Strasse, Erneuerung und Ersatz Gleise, Haltestellen, Werk-
leitungen, Beleuchtung, Bäume, Objektkredit, Projektfestsetzung | VTE |

- | | | | | |
|-----|--------------------------|-----|---|-----|
| 9. | 2012/318 | E | Postulat der SP-, FDP-, Grüne- und CVP-Fraktion sowie 2 Mitunterzeichnenden vom 29.08.2012:
Ausrüstung der Tramhaltestelle Rennweg mit durchgehend hohen Haltekanten | VTE |
| 10. | 2012/112 | | Weisung vom 21.03.2012 und 04.04.2012 (Nachtrag):
Vormundschaftsbehörde, Neuorganisation zur Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) gemäss übergeordnetem Recht, Änderung der Gemeindeordnung | VS |
| 11. | 2012/202 | | Weisung vom 16.05.2012:
Soziale Dienste, unbefristete Weiterführung des Quartierzentrums Aussersihl in der Bäckeranlage durch die Sozialen Dienste des Sozialdepartements ab 2013 | VS |
| 12. | 2007/138 | | Weisung vom 29.02.2012:
Motion der SP-Fraktion, der CVP-Fraktion und der EVP-Fraktion betreffend Integrationskurse, kostenloses Angebot für ausländische Wohnbevölkerung, Bericht und Abschreibung | STP |
| 13. | 2010/146 | | Weisung vom 04.04.2012:
Postulat von Christine Seidler (SP) und Aleks Recher (AL) betreffend Kunsthaus, Schaffung einer Plattform für einen öffentlichen Diskurs über die Bührlle-Sammlung | STP |
| 15. | 2009/306 | E/A | Postulat von Mirella Wepf (SP) und Dr. Claudia Nielsen (SP) vom 01.07.2009:
Entwicklung von Zürich zum «Energy-Efficiency Valley» von Europa | STP |
| 16. | 2009/428 | E/T | Postulat von Marcel Z'graggen (CVP) und Richard Rabelbauer (EVP), vertreten durch Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) vom 23.09.2009:
Zuteilung der frei werdenden Räume an der Röslistrasse 11 zur Röslichhür | STP |
| 17. | 2010/21 | A | Motion von Mauro Tuena (SVP) und Stephan Lienhard (SVP) vom 13.01.2010:
Verzicht auf Veranstaltungen der Stadtregierung während 90 Tagen vor den Gesamterneuerungswahlen des Stadtrats | STP |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Persönliche Erklärungen:

Marc Bourgeois (FDP) hält eine persönliche Erklärung zur Medienmitteilung des Stadtrats «Bezahlbare Wohnungen dank städtischem Abschreibungsbeitrag» und dem der PWG gewährten Abschreibungsbeitrag von 700 000 Franken für den Kauf einer Liegenschaft in Zürich Höngg.

Thomas Schwendener (SVP) hält eine persönliche Erklärung zum geplanten Asylzentrum Zihlacker in Zürich-Seebach.

G e s c h ä f t e

3060. 2010/165

Büro, Ersatzwahl für die ins Ratssekretariat gewählte Christina Hug (Grüne) für den Rest des Amtsjahres 2012/2013

Es wird mit Wirkung ab 12. September 2012 gewählt:

Helen Glaser (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählte

3061. 2010/166

Büro, Ersatzwahl einer Ratssekretärin für die verstorbene Verena Röllin (SP) für den Rest der Amtsdauer 2010–2014

Es wird mit Wirkung ab 12. September 2012 gewählt:

Christina Hug (Grüne)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählte

3062. 2012/311

**Weisung vom 29.08.2012:
Collegium Novum Zürich, Beitrag 2013–2016**

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 11. September 2012

3063. 2012/312

**Weisung vom 29.08.2012:
Motion von Anton Stähler (CVP) und Robert Schönbächler (CVP) betreffend Meierhofplatz, Aufwertung, Bericht und Abschreibung**

Zuweisung an die SK PD/V gemäss Beschluss des Büros vom 11. September 2012

3064. 2012/322

Weisung vom 05.09.2012:

**ERZ Entsorgung + Recycling, ZAV Zürcher Abfallverwertungs-Verbund,
Aufgabenübertragung an die noch zu gründende Zürcher Abfallverwertungs AG**

Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Beschluss des Büros vom 11. September 2012

3065. 2012/320

**Postulat von Michael Schmid (FDP) und Dr. Urs Egger (FDP) vom 29.08.2012:
Verunreinigung und Beschädigung der Parkanlagen rund um das Seebecken,
Anordnung von zweckmässigen Massnahmen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3066. 2012/139

Weisung vom 04.04.2012:

**Tiefbauamt, Bahnhofstrasse, Aufwertung und Erneuerung Strasse, Erneuerung
und Ersatz Gleise, Haltestellen, Werkleitungen, Beleuchtung, Bäume, Objektkredit,
Projektfestsetzung**

Antrag des Stadtrats

1. Für die insgesamt 177 neuen Baumscheibenabdeckungen aus Gusseisen mit Stammschutzvorrichtungen, die Metallplatten zur Montage an den Beleuchtungsreflektoren als aufwertende Massnahme sowie für die zukünftigen Ersatzpflanzungen von 105 Linden in der Bahnhofstrasse, Abschnitt Talstrasse bis Bahnhofplatz, wird ein Objektkredit von Fr. 4 877 000.– bewilligt.
2. Der Kredit erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisbasis 1. April 2011) und der Bauausführung.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

Hans Jörg Käppeli (SP): *Ein Teil der Weisung betrifft die Sanierung und Erneuerung der Bahnhofstrasse vom Bahnhofplatz bis zum Bürkliplatz ohne den Bereich Paradeplatz. Darin enthalten sind wichtige Neuerungen, wie z. B. die Trennung des Fussgängerbereichs von der Fahrbahn durch einen kleinen Absatz, der den Übergang für Sehbehinderte taktil greifbar macht und somit die Sicherheit erhöht. Der Strassenraum wird neu und schlicht gestaltet. Die Haltestellen Bahnhofstrasse, Hauptbahnhof und Börsenstrasse sind durchgehend mit 30 cm hohen Einstiegsanten versehen, was sie komfortabel und vollkommen konform mit dem Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) macht. Beim Rennweg ist keine vollständige Lösung vorgesehen, sondern nur ein städtebaulich begründetes Kissen, wie es etwa bei Provisorien vorkommt. Dies veranlasste die Kommission, ein Postulat einzureichen. Der andere Teil der Weisung betrifft die Aufwertung: Geplant ist ein Baumschutz für alle 177 Bäume. Die Baumgruben erhal-*

ten eine Abdeckung aus Gusseisen, um eine Verdichtung des Bodens durch schwere Fahrzeuge zu verhindern. Wie der Stadtrat sieht auch die Kommission von der teureren Variante mit Abdeckungen aus Aluminiumguss ab. Ersatzpflanzungen für 105 Bäume sind in der Weisung vorgesehen und werden erst dann vorgenommen, wenn ein Baum krank wird. Weiter sind spezielle Reflektoren auf den Standardleuchten vorgesehen, die von der Kommission allerdings für unnötig erachtet werden und zu einem Dispoantrag geführt haben. Die Bewilligung des Objektkredits von 4,7 Mio. Franken liegt in der Kompetenz des Gemeinderats. Die Kommission empfiehlt einstimmig, der bereinigten Weisung zuzustimmen.

Kommissionsreferent:

Marc Bourgeois (FDP): Bei den Lampen handelt es sich um ein Standardprodukt. Im Sinne des Perlenkettenmotivs hat die Stadt aber beschlossen, dass die Reflektoren, die von den indirekt leuchtenden Lampen angestrahlt werden, vom Standardmodell abweichen sollen. Alle anwesenden Kommissionsmitglieder waren der Meinung, dass sich die rund 173 000 Franken für diese relativ kleine Massnahme mit geringer Wirkung nicht lohnen. Die Kommission hat deshalb einstimmig beschlossen, den Kredit zu kürzen und auf die massgeschneiderten Reflektoren zu verzichten.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Ruth Genner: Wichtig ist, dass die Linden in der Bahnhofstrasse besser geschützt werden. Die Baummassnahmen sind vorgesehen für den Frühling 2013. Dabei ist Rücksicht zu nehmen auf verschiedene Anlässe, wie z. B. das Sechseläuten oder das Weihnachtsgeschäft. Diesen Aspekt müssen wir in Erwägung ziehen, wenn wir das Postulat über die durchgehend hohen Haltekanten entgegennehmen. Ebenfalls zu berücksichtigen ist die Aussprache mit der Vereinigung Zürcher Bahnhofstrasse, wonach hohe Haltekanten beim Rennweg abzulehnen sind, da es sich um eine Einkaufsstrasse und nicht einfach nur um eine Haltestelle handelt. Kissen erleichtern den Einstieg und wahren den traditionellen Charakter dieses Bereichs, der von vielen Querbeziehungen geprägt ist. In Abwägung aller Gegebenheiten werden wir dies jedoch noch einmal prüfen.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die SK PD/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Für die insgesamt 177 neuen Baumscheibenabdeckungen aus Gusseisen mit Stammschutzvorrichtungen, ~~die Metallplatten zur Montage an den Beleuchtungsreflektoren als aufwertende Massnahme~~ sowie für die zukünftigen Ersatzpflanzungen von 105 Linden in der Bahnhofstrasse, Abschnitt Talstrasse bis Bahnhofplatz, wird ein Objektkredit von Fr. 4 703 750.– bewilligt.

Zustimmung: Marc Bourgeois (FDP), Referent; Präsident Mauro Tuena (SVP), Vizepräsident Roger Tognella (FDP), Marianne Aubert (SP), Simone Brander (SP), Markus Hungerbühler (CVP) i. V. von Marcel Schönbächler (CVP), Kurt Hüsey (SVP), Hans Jörg Käppeli (SP), Alan David Sangines (SP), Roland Scheck (SVP)

Abwesend: Markus Knauss (Grüne), Peider Filli (Grüne), Guido Trevisan (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PD/V mit 114 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1

Die SK PD/V beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1.

- Zustimmung: Marc Bourgeois (FDP), Referent; Präsident Mauro Tuena (SVP), Vizepräsident Roger Tognella (FDP), Marianne Aubert (SP), Simone Brander (SP), Markus Hungerbühler (CVP) i. V. von Marcel Schönbächler (CVP), Kurt Hüssy (SVP), Hans Jörg Käppeli (SP), Alan David Sangines (SP), Roland Scheck (SVP), Guido Trevisan (GLP)
- Abwesend: Markus Knauss (Grüne), Peider Filli (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PD/V mit 115 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 2

Die SK PD/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

- Zustimmung: Marc Bourgeois (FDP), Referent; Präsident Mauro Tuena (SVP), Vizepräsident Roger Tognella (FDP), Marianne Aubert (SP), Simone Brander (SP), Markus Hungerbühler (CVP) i. V. von Marcel Schönbächler (CVP), Kurt Hüssy (SVP), Hans Jörg Käppeli (SP), Alan David Sangines (SP), Roland Scheck (SVP)
- Abwesend: Markus Knauss (Grüne), Peider Filli (Grüne), Guido Trevisan (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PD/V mit 113 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Für die insgesamt 177 neuen Baumscheibenabdeckungen aus Gusseisen mit Stammschutzvorrichtungen sowie für die zukünftigen Ersatzpflanzungen von 105 Linden in der Bahnhofstrasse, Abschnitt Talstrasse bis Bahnhofplatz, wird ein Objektkredit von Fr. 4 703 750.– bewilligt.
2. Der Kredit erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisbasis 1. April 2011) und der Bauausführung.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 19. September 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 18. Oktober 2012)

3067. 2012/318

**Postulat der SP-, FDP-, Grüne- und CVP-Fraktion sowie 2 Mitunterzeichnenden vom 29.08.2012:
Ausrüstung der Tramhaltestelle Rennweg mit durchgehend hohen Haltekanten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Mauro Tuena (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

***Marc Bourgeois (FDP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3026/2012): Das Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) schreibt dem Staat vor, behinderten Personen Zutritt zu Einrichtungen im öffentlichen Raum zu ermöglichen, wo immer dies verantwortbar ist. Es gibt zwei Varianten, dieser Forderung nachzukommen: mittels durchgehend hoher Haltekanten oder – in Kurven, wo hohe Haltekanten technisch nicht möglich sind – mittels sogenannter Kissen. Die erste Variante erlaubt behinderten Per-*

sonen Zutritt zu allen Türen und erleichtert auch anderen Fahrgästen das Ein- und Aussteigen, wie z. B. Leuten mit Kinderwägen, mit Velos oder mit Gepäck sowie Personen mit Gehschwierigkeiten. Es ist nicht einsichtig, warum in der Mitte der schnurgeraden Bahnhofstrasse Kissen statt hohe Haltekanten gebaut werden sollen. Die Mischung zweier Systeme bringt Probleme mit sich: Steigt eine Person im Rollstuhl am Bahnhof ein, kann es sein, dass sie am Rennweg nicht aussteigen kann, weil «ihre» Tür nicht über einem Kissen hält. Eine durchgehend hohe Haltekante ist technisch problemlos möglich und verursacht keine Mehrkosten. Auch aus städtebaulicher Sicht überzeugen Haltekanten, indem sie nämlich eine klare, durchgehende Linie bilden. Der Einwand, Haltekanten seien Stolperfallen und somit weniger sicher, lässt sich statistisch nicht erhärten. Mit Haltekanten entfällt zudem die Abhängigkeit von bestimmten Trammodellen. Es ist auch damit zu rechnen, dass im Laufe der Zeit durchgehend hohe Haltekanten vorgeschrieben werden, was einen Umbau nötig machen und Mehrkosten verursachen würde. Erst seit gestern Abend wissen wir, dass eine provisorische Lösung benötigt wird und deshalb zweimal gebaut werden müsste. Ebenfalls erst gestern Abend wurden wir vom Tiefbauamt darauf hingewiesen, dass eine Koordination mit privaten Bauvorhaben das Projekt erschweren würde. In diesem Zusammenhang habe ich drei Fragen an Stadträtin Ruth Genner: 1. Wieso erreicht uns die Weisung derart spät, dass wir als Gemeinderat unsere demokratischen Rechte faktisch nicht wahrnehmen können? 2. Wieso erreichen uns wesentliche Informationen derart spät? 3. Wieso gibt es widersprüchliche Informationen betreffend die Mehrkosten?

Roland Scheck (SVP) begründet den Ablehnungsantrag: Das Projekt über die Haltestelle Rennweg ist schon längstens festgesetzt, d. h. das demokratische Verfahren der öffentlichen Planaufgabe ist erfolgreich abgeschlossen. Wir können nicht nachvollziehen, wieso gewisse Fraktionen plötzlich nicht mehr bereit sind, das Ergebnis des demokratischen Prozesses zu respektieren, zumal die Stadt bei der Projektierung gute Arbeit geleistet hat. Sie hat sämtliche betroffenen Stellen einbezogen, insbesondere die Behindertenorganisation und das ansässige Gewerbe. Insofern handelt es sich um einen breit abgestützten Kompromiss. Sowohl die Vereinigung Zürcher Bahnhofstrasse als auch die City Vereinigung Zürich haben sich klar für Kissen ausgesprochen. Es ist verwunderlich, dass die Kissen ausgerechnet unter der Federführung der FDP die Interessen des Gewerbes unterlaufen sollen. Das Postulat unterläuft zudem das ganze Bauprogramm der Bahnhofstrasse. Es wird zu Verzögerungen, unschönen Flickerarbeiten und im Endeffekt zu wirtschaftlichen Nachteilen für das Gewerbe führen.

Weitere Wortmeldungen:

Philipp Käser (GLP): Obwohl die VBZ grundsätzlich hohe Haltekanten vorsehen, will das Tiefbauamt beim Rennweg davon absehen, nicht zuletzt aufgrund der Rückmeldungen des lokalen Gewerbes. Die Rücksichtnahme auf die Wünsche der ansässigen Betroffenen finden wir sehr wertvoll. Die Argumente der FDP überzeugen uns nicht: Ein vereinfachter Zutritt für Behinderte muss nicht durch alle Türen gewährleistet werden. Für Sehbehinderte ist schliesslich auch nur eine einzige Markierung am Boden angebracht. Es kann sicher darüber diskutiert werden, ob Haltekanten ästhetischer sind als Kissen, für uns zählt die einfache Begehrbarkeit der Fussgängerzone aber mehr als die Ästhetik. Aktuelle und sicher auch zukünftige Tramgenerationen werden in Niederflertechnik gebaut und weisen sehr viele Türen auf, sodass sicher mindestens eine davon bei einem Kissen zu halten kommen würde.

Joe A. Manser (SP): Wie viele andere Postulate auch, ist dieses Postulat leider gefährdet, in der Schublade zu landen. Trotzdem möchte ich ein paar Anmerkungen zur Geschichte des Postulats loswerden: Ein Plan über sämtliche Haltestellen der VBZ aus dem Jahr 2002 zeigt, dass der Rennweg als Haltestelle markiert ist, die auf der ganzen

Länge erhöht werden könnte. Das BehiG schreibt hohe Haltekanten eigentlich vor. Es ist immer zuerst das Gestaltungsargument, das dagegen vorgebracht wird. Weil aber eine Güterabwägung zwischen schöner Gestaltung und dem Ausschluss gewisser Leute vom Alltag nicht funktioniert, kippt die Argumentation dann ins Thema Sicherheit. Das Postulat taugt allenfalls noch als Hoffnungsträger, wenn nicht für den Rennweg, so doch für alle kommenden Haltestellen. Mit der Überweisung können wir immerhin ein Zeichen setzen.

Hans Jörg Käppeli (SP): Haltestellen sollten kompromisslos gebaut werden. Auf die Stolpergefahr kommt es nicht an, weil sich sowieso während 60 % der Zeit mindestens ein Tram an der Haltestelle befindet und eine Querung faktisch verunmöglicht. Allein aus Kapazitätsgründen sollte eine möglichst breite Nutzung aller Türen angestrebt werden. Was wir fordern, ist eine Projektänderung, die selbstverständlich legal durchgeführt werden soll. Wir erwarten, dass der Stadtrat mit den betroffenen Kreisen mutig und offensiv das Gespräch sucht, sodass Einsparungen ausbleiben.

Marc Bourgeois (FDP): Das Gewerbe hätte vielleicht lieber Kissen, ist aber in Betrachtung des Gesamtkontextes durchaus bereit, mit hohen Haltekanten zu leben. Wir müssen Wege suchen, um die Kapazität der VBZ zu erhöhen. In Frage kommen unter anderem mehr Türen und kürzere Stopps. Sollten sich die hohen Haltekanten am Rennweg trotz allem nicht realisieren lassen, wollen wir mit dem Postulat wenigstens ein Zeichen setzen: Wir wollen die ewige Diskussion um die Haltekanten nicht mehr.

Das Postulat wird mit 82 gegen 35 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3068. 2012/112

Weisung vom 21.03.2012 und 04.04.2012 (Nachtrag):

Vormundschaftsbehörde, Neuorganisation zur Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) gemäss übergeordnetem Recht, Änderung der Gemeindeordnung

Antrag des Stadtrats

A. Zuhanden der Gemeinde:

1. Die Gemeindeordnung wird wie folgt geändert:

- Art. 14 lit. i lautet neu:

Beschlüsse über die Ausrichtung von Teuerungszulagen und die teuerungsbedingte Anpassung der Besoldungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Stadt Zürich mit Einschluss der Lehrerinnen und der Lehrer sowie der Stadtpräsidentin oder des Stadtpräsidenten, der übrigen Mitglieder des Stadtrates, der oder des Beauftragten in Beschwerdesachen, der oder des Datenschutzbeauftragten, der Direktorin oder des Direktors der Finanzkontrolle, der Stadtamtsfrauen und Stadtammänner (Betreibungsbeamtinnen und -beamten), der Friedensrichterinnen und -richter und der Schulpräsidentinnen und -präsidenten

- Art. 35 lit. d wird aufgehoben.

- Art. 41 lit. a lautet neu:

Erlass seiner Geschäftsordnung und die Genehmigung der Geschäftsordnung der Sozialbehörde

- Art. 41 lit. h lautet neu:

Festsetzung der Besoldungen:

Der Stadtpräsidentin oder dem Stadtpräsidenten und der übrigen Mitglieder des Stadtrates, der oder des Beauftragten in Beschwerdesachen, der oder des Datenschutzbeauftragten, der Direktorin oder des Direktors der Finanzkontrolle, der Stadtamtsfrauen und Stadtmänner (Betreibungsbeamtinnen und -beamten), der Friedensrichterinnen und -richter sowie der Schulpräsidentinnen und -präsidenten

- Der Titel vor Art. 45 lautet neu:

Der Stadtrat, die Departemente und die Sozialbehörde

- Art. 58 Abs. 2 lautet neu:

Die Vorsteherin oder der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements präsidiert die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz sowie die Schulkommissionen. Die Vorsteherin oder der Vorsteher des Sozialdepartements präsidiert die Sozialbehörde.

- Art. 60 Abs. 4 lautet neu:

Die Stellvertretung im Vorsitz der Sozialbehörde übernimmt die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident der Behörde.

- Art. 75 wird wie folgt ergänzt:

n) Aufgaben des Kindes- und Erwachsenenschutzes

- Der Titel vor Art. 76 lautet neu:

IV. Sozialbehörde

- Art. 78 wird aufgehoben.

- Art. 79 wird aufgehoben.

- Titel vor Art. 108

Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde

- Art. 108

¹Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde erfüllt die Aufgaben im Kindes- und Erwachsenenschutz im Rahmen der kantonalen und eidgenössischen Gesetzgebung.

²Die Behördenmitglieder sind bei ihren Entscheiden an keine Weisungen gebunden.»

2. Der Stadtrat setzt diese Änderung der Gemeindeordnung nach Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

Sven Oliver Dogwiler (SVP): Das bisherige, auf eidgenössischer Ebene geregelte Vormundschaftsrecht wird durch das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht ersetzt. Die entsprechenden Bestimmungen treten auf den 1. Januar 2013 in Kraft, was auf kantonaler und kommunaler Ebene zu Änderungen führt. Die Gemeindeordnung muss angepasst werden. In der Stadt Zürich wird die neue Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) operieren. Die Behördenmitglieder werden neu vom Stadtrat ernannt. Auch die übrigen Strukturen werden vom kantonalen Recht vorgegeben, so dass es sich um eine rein formelle Anpassung der Gemeindeordnung handelt.

Kommissionsreferent:

Thomas Wyss (Grüne): Die Mehrheit der Kommission beantragt Unterstützung für die Weisung des Stadtrats. Es geht um eine logische Nachvollziehung übergeordneter Rechts.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Oliver Dogwiler (SVP): Inhaltlich und objektiv ist gegen diese Vorlage nichts einzuwenden. Stossend ist aber, wie der Stadtrat im Vorfeld mit der Vorlage umgegangen ist. Das Sozialdepartement hat die Stellen bereits im Frühjahr ausgeschrieben. Zu diesem Zeitpunkt war die Spezialkommission noch nicht über die Vorlage orientiert worden. Auch hatte der Kantonsrat das Einführungsgesetz zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht noch nicht verabschiedet. Dies wäre deshalb wichtig gewesen, weil die neue Anstellungskompetenz des Stadtrats im Kantonsrat bis zum Schluss strittig war. Deshalb hat die SVP-Fraktion eine Sistierung der Vorlage beantragt. Die Sozialbehörde hat sich trotzdem so verhalten, als wäre das heutige Einführungsgesetz tatsächlich in Kraft gewesen, und hat die neuen Behördemitglieder schon vor der Schlussabstimmung ernannt. Dieses Vorgehen lässt sich nicht mit zeitlicher Dringlichkeit rechtfertigen, erst recht nicht angesichts der Tatsache, dass die heutige Vormundschaftsbehörde in weiten Teilen den Vorgaben an die künftige KESB entspricht. Die neue Anstellungskompetenz, die es möglich macht, dass Exekutivmitglieder ihresgleichen wählen, darf man kritisch hinterfragen. Praktisch alle der extern ausgeschrieben Stellen wurden verwaltungsmässig besetzt. Alles in allem hinterlässt die Vorgehensweise des Stadtrats im Zusammenhang mit dieser Weisung und der Stellenbesetzung mehr als nur einen schalen Nachgeschmack. Deshalb enthält sich die SVP-Fraktion der Stimme.

Hans Urs von Matt (SP): Die Begründung der SVP mutet seltsam an. Es geht tatsächlich um die Nachvollziehung übergeordneter Rechts. Die Kantone hatten genügend Zeit zur Anpassung ihrer Gesetzgebung. Der Kanton Zürich ist ins Hintertreffen geraten wegen Verzögerungen durch die SVP-Kantonsratsfraktion. Die KESB muss am 1. Januar 2013 operativ tätig werden. Der Stadtrat hat die entsprechenden Vorbereitungen seriös und rechtzeitig aufgegleist. Es fehlen nur noch die Abstimmung des Gemeinderats und die Volksabstimmung. Die Professionalisierung der Behörde ist unbestritten erwünscht.

Mauro Tuena (SVP): Die Besetzung der neuen KESB riecht nach «Filzhausen»: Alle drei neuen Mitglieder verkehrten vor ihrer Ernennung in die KESB schon mehr oder weniger nah mit Stadtrat Martin Waser. Warum werden Stellen öffentlich und auf Kosten der Steuerzahlenden ausgeschrieben, wenn die neuen Köpfe am Ende doch alle intern zusammengesucht werden? Diesen Missstand hätte man umgehen – und den Zeitplan einhalten – können, wenn die Ernennung nicht durch die Kollegialbehörde Stadtrat, sondern durch das Parlament erfolgt wäre. Die SVP wünscht sich, dass solche Filzgeschichten in Zukunft ausbleiben. Wir werden die personellen Besetzungen durch den Stadtrat auch in Zukunft genau unter die Lupe nehmen, nötigenfalls einschreiten und die Angelegenheit öffentlich machen.

Min Li Marti (SP): Der «Filzhausen»-Vorwurf ist absurd. Es haben sich sehr viele Leute auf die Ausschreibung beworben, und man hat eine Auswahl getroffen. Es ist überhaupt keine Seltenheit, geschweige denn ein Filz, wenn sich jemand intern für eine neue Stelle bewirbt, sei es bei der Stadt Zürich oder in der Privatwirtschaft. Es wäre im Gegenteil absurd, wenn diese Möglichkeit nicht mehr bestünde. Die öffentliche Ausschreibung war selbstverständlich nötig, sonst hätte die SVP erst recht laut «Filz!» geschrien.

Hans Urs von Matt (SP): *Es ist der ausdrückliche Wille des eidgenössischen Gesetzgebers, dass die KESB eine Fachbehörde ist. Somit spielt die Profession der Mitglieder eine wichtige Rolle, während die Parteizugehörigkeit unbedeutend bleibt. Die Vorstellungen der SVP, wonach die personelle Besetzung nur in der Stadt Zürich durch das Parlament hätte erfolgen sollen, ist ziemlich absurd und hätte das Gesetz verzerrt.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Martin Waser: *In der ganzen Schweiz wurden gleichzeitig die gleichen Professionen gesucht, und wir waren wegen der Verzögerung im Kantonsrat etwas spät dran. Da wir am 1. Januar 2013 handlungsfähig sein müssen, konnten wir nicht einfach warten. In Absprache mit dem Kanton haben wir dann die Ausschreibung gemacht. Der Filz-Vorwurf ist aus der Luft gegriffen; es war eine rein sachlich-fachliche Auswahl. Wir verfügen eben über gute Leute in der Stadtverwaltung, darum geht es unserer Stadt auch so gut.*

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Die Vorlage wird stillschweigend an die Redaktionskommission (RedK) überwiesen.

Damit ist beschlossen:

Die zu ändernden Artikel der Gemeindeordnung (GO) sind durch die RedK zu überprüfen (Art. 38 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 64 Abs. 1 GeschO GR). Die Schlussabstimmung findet nach der Redaktionslesung statt.

1. Die Gemeindeordnung wird wie folgt geändert:

– Art. 14 lit. i lautet neu:

Beschlüsse über die Ausrichtung von Teuerungszulagen und die teuerungsbedingte Anpassung der Besoldungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Stadt Zürich mit Einschluss der Lehrerinnen und der Lehrer sowie der Stadtpräsidentin oder des Stadtpräsidenten, der übrigen Mitglieder des Stadtrates, der oder des Beauftragten in Beschwerdesachen, der oder des Datenschutzbeauftragten, der Direktorin oder des Direktors der Finanzkontrolle, der Stadtamtsfrauen und Stadtammänner (Betreibungsbeamtinnen und -beamten), der Friedensrichterinnen und -richter und der Schulpräsidentinnen und -präsidenten

– Art. 35 lit. d wird aufgehoben.

– Art. 41 lit. a lautet neu:

Erlass seiner Geschäftsordnung und die Genehmigung der Geschäftsordnung der Sozialbehörde

– Art. 41 lit. h lautet neu:

Festsetzung der Besoldungen:

Der Stadtpräsidentin oder dem Stadtpräsidenten und der übrigen Mitglieder des Stadtrates, der oder des Beauftragten in Beschwerdesachen, der oder des Datenschutzbeauftragten, der Direktorin oder des Direktors der Finanzkontrolle, der Stadtamtsfrauen und Stadtammänner (Betreibungsbeamtinnen und -beamten), der Friedensrichterinnen und -richter sowie der Schulpräsidentinnen und -präsidenten

- Der Titel vor Art. 45 lautet neu:
Der Stadtrat, die Departemente und die Sozialbehörde
- Art. 58 Abs. 2 lautet neu:
Die Vorsteherin oder der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements präsidiert die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz sowie die Schulkommissionen.
Die Vorsteherin oder der Vorsteher des Sozialdepartements präsidiert die Sozialbehörde.
- Art. 60 Abs. 4 lautet neu:
Die Stellvertretung im Vorsitz der Sozialbehörde übernimmt die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident der Behörde.
- Art. 75 wird wie folgt ergänzt:
n) Aufgaben des Kindes- und Erwachsenenschutzes
- Der Titel vor Art. 76 lautet neu:
IV. Sozialbehörde
- Art. 78 wird aufgehoben.
- Art. 79 wird aufgehoben.
- Titel vor Art. 108
Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde
- Art. 108
¹Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde erfüllt die Aufgaben im Kindes- und Erwachsenenschutz im Rahmen der kantonalen und eidgenössischen Gesetzgebung.
²Die Behördenmitglieder sind bei ihren Entscheiden an keine Weisungen gebunden.»

Mitteilung an den Stadtrat

3069. 2012/202

Weisung vom 16.05.2012:

Soziale Dienste, unbefristete Weiterführung des Quartierzentrums Aussersihl in der Bäckeranlage durch die Sozialen Dienste des Sozialdepartements ab 2013

Antrag des Stadtrats

1. Das Quartierzentrum Aussersihl (in der Bäckeranlage) wird ab dem Jahr 2013 unbefristet durch die Sozialen Dienste des Sozialdepartements weitergeführt.
2. Es wird Kenntnis genommen, dass die benötigten Betriebsmittel mit einem Aufwand von Fr. 468 000.–, einem Ertrag von Fr. 155 000.– und Nettoausgaben von Fr. 313 000.– im Voranschlag 2013 eingestellt sind und in Zukunft mit den jeweiligen Voranschlägen des Sozialdepartements (5550 Soziale Dienste) jährlich zu bewilligen sind.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

Alecs Recher (AL): Das Quartierzentrum in der Bäckeranlage soll weiterhin und unbefristet durch die Sozialen Dienste geführt werden. Damit könnte die lange, erfolgreiche

Suche nach einer privaten Trägerschaft für beendet erklärt werden. Auf eine grössere öffentliche Ausschreibung im Jahr 2010 haben sich nur zwei Interessenten gemeldet: Einerseits die Hochschule Luzern, die darin vermutlich ein spannendes Labor gesehen hätte. Andererseits die Zürcher Gemeinschaftszentren (GZ), die sich aber angeblich etwas genötigt fühlten, in die Bresche zu springen. Dem Gemeinderat wurde anschliessend definitiv beantragt, dass die Sozialen Dienste das Quartierzentrum in der Bäckeranlage behalten sollen. Das Angebot des Quartierzentrums umfasst die Spielanimation im Park sowie die Zurverfügungstellung der Infrastruktur und kleiner Hilfestellungen, damit aktive Leute aus dem Quartier ihre eigenen Angebote durchführen können. Hierzu reicht 1,0 Stellenwert aus.

Kommissionsmehrheit Rückweisung / Änderungsantrag Dispositivziffer 1 und 2:

Marcel Savarioud (SP): Das Quartierzentrum Aussersihl wird gut geführt und hat wesentlich zur Beruhigung der Bäckeranlage beigetragen. Allfällige Probleme auf diesem Gelände haben mit fehlendem Grünraum im Kreis 4 zu tun. In der Kommissionsberatung hat keine Partei Kritik an der Führung der Bäckeranlage geäussert. Gegen eine private Trägerschaft wäre zwar nichts einzuwenden gewesen, doch hat sich gezeigt, dass eine solche nicht gefunden werden konnte. Ausserdem würde eine private Trägerschaft das Quartierzentrum weder besser noch günstiger führen. Wir möchten das Quartierzentrum nicht aufs Spiel setzen.

Kommissionsminderheit Rückweisung:

Dr. Guido Bergmaier (SVP): Wir sind nicht generell gegen das Quartierzentrum, möchten es aber trotzdem hinterfragen. Die Bäckeranlage ist im Kreis 4 bekannt und verankert, vor allem wegen der grossen Grünanlage und dem privat geführten Parkrestaurant. Das Hauptanliegen eines Quartierzentrums ist es, die Bevölkerung bei der Umsetzung von eigenen Projekten zu unterstützen, und zwar vor allem durch die Zuteilung und Vermietung von Räumen. Im eher schwierigen Bevölkerungsumfeld im Kreis 4 entstehen allerdings kaum Projekte. Das Führen einer Einrichtung zur Unterstützung wenig engagierter Anwohnerinnen und Anwohner ist keine Kernaufgabe der Stadt. Die GZ und Quartiertreffs in den übrigen Stadtkreisen beweisen, dass es auch anders funktionieren kann. Für das beliebte Restaurant in der Bäckeranlage sind heute bereits Private zuständig. Die SVP fordert auch für den übrigen Betrieb im Quartierzentrum endlich eine private Trägerschaft für die Raumbewirtschaftung. Mit einer weiteren Verzögerung der Suche sind wir nicht mehr einverstanden.

Weitere Wortmeldungen:

Michael Baumer (FDP): 2003 haben wir der Weisung zugestimmt unter der Bedingung, dass nach einer Übergangsfrist eine private Trägerschaft zum Einsatz kommt. Auch bei der letzten Verlängerung lautete der Auftrag an den Stadtrat, eine private Trägerschaft zu finden. Es ist nach wie vor keine Aufgabe der Stadt, einen solchen Betrieb zu führen. Mich irritiert, dass es im Quartier keine private Trägerschaft geben soll, die bereit wäre, den Betrieb zu übernehmen. Finanzielle Risiken müssten schliesslich nicht eingegangen werden. Eine Verankerung im Quartier ist wichtig und kann effektiv nur von einer Trägerschaft aus dem Quartier bewerkstelligt werden.

Mauro Tuena (SVP): Auch die SVP stimmte 2003 nur zu, weil versprochen wurde, das Quartierzentrum werde nur während einer Übergangsfrist von den Sozialen Diensten geführt und später selbstverständlich an Private übergeben. Als es um die zweite Verlängerung der Frist ging, sagte die für die Vorlage zuständige Mitarbeiterin des Sozialdepartements in einer Kommissionssitzung, eigentlich wolle das Sozialdepartement das

Quartierzentrum gar nicht von Privaten führen lassen. Der fehlende Wille des Sozialdepartements erklärt, warum niemand gefunden werden konnte. Für andere Quartierzentren konnten bisher noch immer Anbieter gefunden werden. Angesichts der Beliebtheit des Quartierzentrums Aussersihl sollte es doch möglich sein, jemanden zu finden. Das Führen eines Quartierzentrums ist klar keine Kernaufgabe einer Stadt und ist sehr gut auf Private zugeschnitten.

Dominique Feuillet (SP): *Würde es eine private Trägerschaft geben, hätte sie sich längst beim Sozialdepartement gemeldet. Es ist unrealistisch, dass sich nach neun Jahren Suche plötzlich doch noch jemand finden lässt. Ich fordere die Vertreter der SVP und FDP auf, selber eine Trägerschaft zu gründen. Zum Thema Kernaufgabe ist zu sagen: Wenn kein Privater die Aufgabe übernimmt, muss der Staat einspringen. Und die Sozialen Dienste erfüllen ihre Aufgabe hervorragend; das Quartierzentrum ist eine Erfolgsgeschichte für den Kreis 4.*

Karin Weyermann (CVP): *Für mich spielt die Vorgeschichte keine Rolle. Ich habe mich überzeugen lassen, dass intensiv, aber vergeblich gesucht wurde. Die CVP begrüsst es, dass die Bewerbung des GZ zu einer Auslegeordnung und zur Abtrennung von Höngg und Rütihof geführt hat. Eine weitere Suche nach einer privaten Trägerschaft ist nicht nötig.*

Andreas Hauri (GLP): *Es wurde bis jetzt dreimal versucht, eine private Trägerschaft zu finden, und mindestens einmal davon intensiv. Eine Übernahme durch die GZ hätte nicht in deren Strategie gepasst, weil sich das Quartierzentrum in der Bäckeranlage vorwiegend auf die Vermietung von Räumlichkeiten fokussiert. Es wäre eine Zwängerei, den Stadtrat erneut zur Suche zu verpflichten. Das Quartierzentrum funktioniert gut in seiner heutigen Form.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Martin Waser: *Das Quartierzentrum war ein wichtiger Meilenstein für die Bäckeranlage. Um das Verhältnis stabil zu halten, braucht es die Anstrengung verschiedener Player in der Stadtverwaltung, was nicht immer ganz einfach ist. Die Stadt ist in der Verantwortung. Wir haben ernsthaft zuerst im Quartier und nachher auch mit einer öffentlichen Ausschreibung versucht, einen privaten Betreiber zu finden – erfolglos. Nach einer Auslegeordnung mit den GZ haben wir die Zentren Höngg und Rütihof an Private übergeben, was von bürgerlicher Seite aber offenbar nicht honoriert wird. Wir haben die richtige Lösung und eine gute Arbeitsteilung innerhalb der Stadt gefunden und können sicherstellen, dass die Bäckeranlage auch in Zukunft ein voller Erfolg sein wird.*

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der SK SD beantragt Ablehnung des Rückweisungsantrags.

Die Minderheit der SK SD beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

Die Weisung wird an den Stadtrat zurückgewiesen mit dem Auftrag, dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, in welcher die Weiterführung des Quartierzentrums Aussersihl in der Bäckeranlage durch eine private Trägerschaft vorsieht. Für das Jahr 2013 können die Sozialen Dienste als Übergang das Quartierzentrum zum letzten Mal noch führen.

Mehrheit: Marcel Savarioud (SP), Referent; Vizepräsident Hans Urs von Matt (SP), Linda Bär (SP), Dominique Feuillet (SP), Andreas Hauri (GLP), Alecs Recher (AL), Karin Weyermann (CVP), Thomas Wyss (Grüne)
Minderheit: Präsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Referent; Sven Dogwiler (SVP), Alain Kessler (FDP), Hedy Schlatter (SVP), Ursula Uttinger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 37 Stimmen zu.

Dispositivziffern 1 und 2

Kommissionsminderheit:

Dr. Guido Bergmaier (SVP): *Die Logik veranlasst uns – auch nach einer verlorenen Abstimmung – zu diesen Änderungsanträgen.*

Änderungsantrag zu den Dispositivziffern 1 und 2

Die Mehrheit der SK SD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK SD beantragt folgende Änderung zu den Dispositivziffern 1 und 2:

1. Das Quartierzentrum Aussersihl (in der Bäckeranlage) wird im ab dem Jahr 2013 unbefristet durch die Sozialen Dienste des Sozialdepartements weitergeführt.
2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die benötigten Betriebsmittel für das Jahr 2013 mit dem Budget 2013 des Sozialdepartements (Soziale Dienste) zu bewilligen und die Betriebsmittel mit einem Aufwand von Fr. 468 000.–, einem Ertrag von Fr. 155 000.– und Nettoausgaben von Fr. 313 000.– im Voranschlag ~~2013~~ eingestellt sind ~~und in Zukunft mit den jeweiligen Voranschlägen des Sozialdepartements (5550 Soziale Dienste) jährlich zu bewilligen sind.~~

Mehrheit: Marcel Savarioud (SP), Referent; Vizepräsident Hans Urs von Matt (SP), Linda Bär (SP), Dominique Feuillet (SP), Andreas Hauri (GLP), Alecs Recher (AL), Karin Weyermann (CVP), Thomas Wyss (Grüne)
Minderheit: Präsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Referent; Sven Dogwiler (SVP), Alain Kessler (FDP), Hedy Schlatter (SVP), Ursula Uttinger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 37 Stimmen zu.

Dispositivziffer 3

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Marcel Savarioud (SP): *Es geht hier grundsätzlich wieder um die gleiche Frage.*

Dr. Guido Bergmaier (SVP): *Die Fähigkeit, zweckmässig und folgerichtig zu denken, drängt uns zu diesem Antrag. Da der Antrag sehr wahrscheinlich abgelehnt werden wird, werden wir die Weisung ablehnen.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 3 (neu)

Die Mehrheit der SK SD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK SD beantragt folgende neue Dispositivziffer 3:

3. Das Sozialdepartement wird beauftragt, für die Weiterführung des Quartierzentrums Aussersihl ab 2014 intensiv und mit aller Kraft eine private Trägerschaft zu suchen und zu finden.

Mehrheit: Marcel Savarioud (SP), Referent; Vizepräsident Hans Urs von Matt (SP), Linda Bär (SP), Dominique Feuillet (SP), Andreas Hauri (GLP), Alecs Recher (AL), Karin Weyermann (CVP), Thomas Wyss (Grüne)
 Minderheit: Präsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Referent; Sven Dogwiler (SVP), Alain Kessler (FDP), Hedy Schlatter (SVP), Ursula Uttinger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 37 Stimmen zu.

Weitere Wortmeldungen:

Dominique Feuillet (SP): *Es sieht danach aus, dass die SVP und die FDP die Weisung ablehnen werden. Ich finde, dies sollte man den Bürgerinnen und Bürgern des Kreis 4 klar vor Augen führen. Ich unterstelle diesen beiden Parteien, dass sie die alten Zustände auf der Bäckeranlage herbeisehnen, um darüber klagen zu können.*

Mauro Tuena (SVP): *Diese Unterstellung weise ich in aller Form zurück. Wegen der getroffenen Entscheidung sind wir nun gezwungen, die Weisung abzulehnen. Die Verantwortung dafür liegt bei all jenen, die das Quartierzentrum unbedingt durch die Sozialen Dienste geführt wissen wollen.*

Schlussabstimmung zu den Dispositivziffern 1 und 2

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1 und 2.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1 und 2.

Mehrheit: Marcel Savarioud (SP), Referent; Vizepräsident Hans Urs von Matt (SP), Linda Bär (SP), Dominique Feuillet (SP), Andreas Hauri (GLP), Alecs Recher (AL), Karin Weyermann (CVP), Thomas Wyss (Grüne)
 Minderheit: Präsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Referent; Sven Dogwiler (SVP), Alain Kessler (FDP), Hedy Schlatter (SVP), Ursula Uttinger (FDP)

Hans Urs von Matt (SP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Hans Urs von Matt (SP) mit 110 gegen 2 Stimmen zu.

Abstimmung unter Namensaufruf gemäss Art. 41 GeschO GR

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
002	Abele	Martin	Grüne	JA
032	Altinay	Petek	SP	JA
151	Amacker	Bruno	SVP	--
051	Ammann	Jürg	Grüne	JA
084	Angst	Walter	AL	JA
110	Anhorn	Ruth	SVP	NEIN

013	Aubert	Marianne	SP	JA
060	Bär	Linda	SP	JA
137	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
168	Baumer	Michael	FDP	NEIN
113	Bergmaier	Guido	SVP	NEIN
038	Bernhard	Irene	GLP	JA
106	Blöchlinger	Patrick	SD	--
161	Bosshard	Gerhard	EVP	JA
117	Bourgeois	Marc	FDP	NEIN
017	Brander	Simone	SP	JA
170	Bürlimann	Martin	SVP	NEIN
030	Denoth	Marco	SP	JA
153	Dogwiler	Sven Oliver	SVP	NEIN
035	Dubno	Samuel	GLP	JA
057	Dubs	Marianne	SP	JA
061	Edelmann	Andreas	SP	JA
166	Egger	Urs	FDP	NEIN
175	Erfigen	Monika	SVP	NEIN
140	Fehr	Urs	SVP	NEIN
063	Feuillet	Dominique	SP	JA
050	Filli	Peider	Grüne	JA
031	Fischer-Schmitt	Renate	SP	JA
003	Frei	Dorothea	SP	JA
026	Garcia	Isabel	GLP	JA
124	Garzotto	Marina	SVP	NEIN
045	Glaser	Helen	SP	JA
009	Graf	Davy	SP	JA
033	Gut	Christoph	SP	JA
119	Hagger	Joachim	FDP	NEIN
156	Haller	Margrit	SVP	NEIN
144	Halser-Furrer	Michèle	EVP	JA
116	Hänni-Etter	Cäcilia	FDP	NEIN
036	Hauri	Andreas	GLP	JA
176	Hauri	Theo	SVP	NEIN
049	Heinrich	Uschi	SP	JA
029	Hochreutener	Andrea	SP	JA
147	Hohl	Marc	FDP	NEIN
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
005	Hug	Christina	Grüne	JA
094	Hungerbühler	Markus	CVP	JA
037	Hüni	Guido	GLP	JA
127	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
112	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
128	Jäger	Alexander	FDP	NEIN
070	Kälin	Simon	Grüne	JA
007	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
023	Käser	Philipp	GLP	JA
132	Kessler	Alain	FDP	--
083	Kirstein	Andreas	AL	JA
054	Kisker	Gabriele	Grüne	JA

055	Knauss	Markus	Grüne	JA
041	Küng	Peter	SP	JA
069	Kunz	Markus	Grüne	JA
034	Landolt	Maleica	GLP	JA
131	Lauber	Tamara	FDP	NEIN
001	Leiser	Albert	FDP	NEIN
121	Liebi	Roger	SVP	NEIN
021	Luchsinger	Martin	GLP	JA
160	Mächler	Martin	EVP	JA
058	Makwana-Boss	Elisabeth	SP	JA
201	Manser	Joe A.	SP	JA
101	Mariani	Mario	CVP	JA
048	Marti	Min Li	SP	JA
072	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
092	Meier	Daniel	CVP	JA
138	Monn	Thomas	SVP	NEIN
157	Müller	Rolf	SVP	NEIN
022	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
018	Nüssli-Danuser	Andrea	SP	JA
042	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	NEIN
086	Piller	Bernhard	Grüne	JA
087	Probst	Matthias	Grüne	JA
143	Rabelbauer	Claudia	EVP	JA
081	Recher	Alecs	AL	JA
173	Regli	Daniel	SVP	NEIN
006	Richli	Mark	SP	JA
012	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
053	Rykart	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
171	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
123	Scheck	Roland	SVP	NEIN
077	Scherr	Niklaus	AL	JA
154	Schlatter	Hedy	SVP	NEIN
130	Schmid	Michael	FDP	NEIN
148	Schmid	Urs	FDP	NEIN
103	Schönbächler	Marcel	CVP	JA
141	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN
028	Seidler	Christine	SP	JA
135	Sidler	Bruno	SVP	NEIN
016	Silberring	Pawel	SP	JA
120	Simon	Claudia	FDP	NEIN
105	Spiess	Christoph	SD	JA
165	Steger	Heinz F.	FDP	NEIN
071	Steiner	Kathy	Grüne	JA
019	Straub	Esther	SP	JA
027	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	--
126	Tomezzoli	Ruggero	SVP	NEIN

059	Tozzi	Lucia	SP	--
099	Traber	Christian	CVP	JA
025	Trevisan	Guido	GLP	JA
108	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
183	Urben	Michel	SP	JA
133	Uttinger	Ursula	FDP	--
015	Utz	Florian	SP	JA
096	Virchaux	Jean-Claude	CVP	JA
052	Vocat	Fabienne Nicole	Grüne	JA
062	von Matt	Hans Urs	SP	JA
039	von Planta	Gian	GLP	JA
046	Wepf	Mirella	SP	JA
097	Weyermann	Karin	CVP	JA
024	Wiesmann	Matthias	GLP	JA
082	Wolff	Richard	AL	JA
066	Würth	Eva-Maria	SP	JA
020	Wüthrich	Katrin	SP	JA
047	Wylser	Rebekka	SP	JA
073	Wyss	Thomas	Grüne	JA

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 37 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Das Quartierzentrum Aussersihl (in der Bäckeranlage) wird ab dem Jahr 2013 unbestimmt durch die Sozialen Dienste des Sozialdepartements weitergeführt.
2. Es wird Kenntnis genommen, dass die benötigten Betriebsmittel mit einem Aufwand von Fr. 468 000.–, einem Ertrag von Fr. 155 000.– und Nettoausgaben von Fr. 313 000.– im Voranschlag 2013 eingestellt sind und in Zukunft mit den jeweiligen Voranschlägen des Sozialdepartements (5550 Soziale Dienste) jährlich zu bewilligen sind.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 19. September 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist 18. Oktober 2012)

3070. 2007/138

Weisung vom 29.02.2012:

Motion der SP-Fraktion, der CVP-Fraktion und der EVP-Fraktion betreffend Integrationskurse, kostenloses Angebot für ausländische Wohnbevölkerung, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Von der vom Stadtrat vorgesehenen Informationsarbeit zugunsten der ausländischen Bevölkerung sowie dem beabsichtigten Pilotprojekt «Ergänzende Informationsprodukte» wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Der Budgetkredit von Stadtentwicklung Zürich wird für das Jahr 2012 auf folgenden Konten erhöht:

Konto/Bezeichnung	Budget 2012 (bisher) Fr.	Erhöhung Fr.	Budget 2012 (neu) Fr.
(1505) 3010 0000 Löhne Personal	3 156 100	58 000	3 214 100
(1505) 3030 0000 Sozialversicherungsbeiträge	241 600	5 000	246 600
(1505) 3040 0000 Personalversicherungsbeiträge	360 900	7 000	367 900
(1505) 3101 0000 Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten	93 800	10 000	103 800
(1505) 3160 0000 Miete und Pacht von Liegenschaften	25 000	7 000	32 000
(1505) 3161 0000 Mieten und Benutzungskosten	21 400	3 000	24 400
(1505) 3180 0000 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter	1 490 000	10 000	1 500 000
Total Budgeterhöhung		100 000	

3. Die Motion, GR Nr. 2007/138, von der SP-Fraktion, der CVP-Fraktion und der EVP-Fraktion vom 21. März 2007 betreffend «Integrationskurse, kostenloses Angebot für ausländische Bevölkerung» wird als erledigt abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit Dispositivziffer 1 und 2:

Marianne Dubs Früh (SP): Mit der vorliegenden Weisung informiert der Stadtrat über die heutigen und über zukünftige Integrationsprojekte. Die ausländische Bevölkerung ist sehr heterogen. Somit bestehen unterschiedliche Informationsbedürfnisse, die es mit verschiedenen Angeboten zu berücksichtigen gilt. Neben einem Basisangebot werden für die fünfzehn Sprachgruppen in der Stadt ergänzende Informationsprodukte angeboten. Die Kurse sind billig, und manchen wird das Geld nach Besuch aller Kurstage sogar zurückerstattet. Von den Kursen machen rund 1500 Personen Gebrauch, was eine relativ hohe Zahl ist und einen Erfolg bedeutet. Die Integrationsangebote braucht es, weil die Stadt Zürich ihre neuen Leute freundlich empfangen will. Die Leute sollen zum Deutschlernen motiviert werden und sich im Alltag zurechtfinden können. Davon profitiert nämlich auch die einheimische Bevölkerung, indem sie weniger Umstände hat und selber auch freundlich behandelt wird. Dies trägt zur Lebensqualität in unserer Stadt bei.

Kommmissionsminderheit Dispositivziffer 1:

Ruth Anhorn (SVP): Wir sind uns einig, dass fremdsprachige Ausländerinnen und Ausländer, die hier wohnen, arbeiten und ihre Freizeit verbringen, unbedingt Deutsch lernen müssten. Es darf aber verlangt werden, dass sie sich selber anstrengen und auch die Kurskosten selber tragen. Das Informationsangebot über alle Integrationsfragen und Deutschkurse ist sehr umfassend, und die Kurse selber sind gut auf bestimmte Zielgruppen zugeschnitten, z. B. auf Eltern. Was in der Begründung im Zusammenhang mit der Volksabstimmung zum neuen Ausländergesetz (AuG) steht, erfüllt die Stadt Zürich bereits sehr grosszügig.

Weitere Wortmeldungen:

Marc Hohl (FDP): *Weltweit gibt es wohl kaum eine zweite Stadt, die so viel für die Integration tut. Die Anstrengungen der Stadt sind wichtig, denn nur eine erfolgreiche Integration bringt wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität. Das Basisangebot deckt bei weitem alles Notwendige ab. Eine Erweiterung des Angebots ist aus Sicht der FDP übertrieben. Meldet sich ein Ausländer bei der Einwohnerkontrolle an, erhält er sämtliche Informationen, die er braucht, um hier leben zu können. Die Herausforderung besteht darin, die betroffenen Ausländerinnen und Ausländer in die bestehenden Angebote zu locken. Statt den ganzen Apparat weiter auszubauen, sollte in erster Linie das Basisangebot gut ausgelastet werden. Wir setzen auch auf die Eigenverantwortung der Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger, denn Integration funktioniert nur, wenn beide Seiten aktiv mitmachen.*

Isabel Garcia (GLP): *Die Grünliberalen halten es für wichtig und richtig, dass sich die öffentliche Hand im Bereich Integration der ausländischen Bevölkerung engagiert. Selbstverständlich sehen auch wir die Migrantinnen und Migranten sehr stark in der Pflicht, sich von Anfang an um Integration in die neue Gesellschaft zu bemühen. Unsere zentrale Überlegung hierzu lautet: Die Schweiz – und Zürich insbesondere – ist hoch entwickelt, hoch kompetitiv, global vernetzt und hat eine sehr arbeitsteilige und vom Dienstleistungssektor dominierte Wirtschaft. Möglichst gute Kenntnisse über die Rahmenbedingungen, Gepflogenheiten und Lebensgewohnheiten in unserem Land sind unerlässlich, wenn man hier eigenverantwortlich und eigenständig leben will. Ohne ausreichende Integration läuft vieles schief und kostet viel Geld – dies gilt es im Interesse der Gesellschaft zu verhindern. Für die Unterstützung der Weisung spricht weiter auch, dass das neue Informationsangebot eine sinnvolle und massvolle Ergänzung des bestehenden Portfolios darstellt. Das Angebot geht vernünftigerweise auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der ausländischen Anwohnerinnen und Anwohner ein. Insofern unterstützen wir die Weisung. Gleichzeitig muss gesagt werden, dass zu viele Einwanderer überhaupt nicht mit unseren Rahmenbedingungen vertraut sind, obwohl sie in vielen Fällen schon recht lange hier leben. Die Verwaltung schätzt, dass rund 10 000 schlecht integrierte Migrantinnen und Migranten hier leben, dies entspricht 8 % der ausländischen Bevölkerung und ist in unseren Augen zu viel. Es gilt vor allem, den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang sowie die Kinder und Jugendlichen zu bedenken, die in einem abgeschotteten Umfeld aufwachsen und kaum eine Chance auf ein eigenständiges Leben haben. Uns fehlt in Integrationsfragen oft die Verbindlichkeit von beiden Seiten.*

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): *Integration ist wichtig für das Funktionieren einer Gesellschaft. Die Vermittlung von Kulturgut und Werten ist nötig für das Zusammenleben. Sprachkenntnisse sind entscheidend. Oft verstreichen aber Jahre oder sogar Jahrzehnte, bis z. B. ausländische Eltern einen Deutschkurs besuchen oder mehr über unsere Kultur erfahren. Darunter leiden vor allem die Kinder, die oft besser Deutsch sprechen und besser integriert sind als ihre Eltern. Stetige Bemühungen sind nötig, um die Chancengleichheit zu verbessern. Die Eltern müssen erreicht und ihren Bedürfnissen entsprechend begleitet werden. Deshalb ist es richtig, dass die Angebote bedarfsgerecht und differenziert sind. Mit den Kosten der Angebote auf beiden Seiten können wir leben. Um mehr Leute zu erreichen, sollte vermehrt departementsübergreifend gearbeitet und gedacht werden. Integration ist eine permanente Aufgabe und kommt, falls sie gelingt, allen zugute. Daher ist es wichtig, auch gut qualifizierte deutschsprechende ausländische Personen als Zielgruppe zu definieren; gerade ihr Engagement in der Gesellschaft ist sehr viel wert. Mit dem Eruiieren von Bedürfnissen werden wir uns in Zukunft noch beschäftigen müssen. Die Weisung ist ein Schritt in die richtige Richtung.*

Christoph Spiess (SD): *Bei einer vernünftigen Migrationsquote stellt Integration kein Problem dar, sondern einen normalen Vorgang zum Wohle aller. Was aber nicht gelingen kann, ist die Integration einer Mehrheit in eine Minderheit. Die Diskussion, die wir hier führen, zeigt, dass das Zahlenverhältnis zwischen zugewanderter und angestammter Bevölkerung nicht mehr natürlich ist. Unsere Probleme im Zusammenhang mit der Integration von Ausländerinnen und Ausländern können wir nicht mit Geld und mit Deutschkursen lösen. Vielen ausländischen Personen fehlt es nämlich am Willen zur Integration; sie richten sich lieber in einer Parallelgesellschaft ein. In solchen Diasporas herrschen eigene, oft unterdrückende Regeln. Davor sollten wir nicht länger die Augen verschliessen. Daneben gibt es natürlich auch viele andere, integrationswillige Leute, die sich erfolgreich um Zugehörigkeit zu unserer Gesellschaft bemühen. Wir sollten aber bestrebt sein, das erwähnte Zahlenverhältnis wieder in Ordnung zu bringen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Das soeben gehörte Votum könnte auch sehr gut als Begründung für die Zustimmung zur Weisung herangezogen werden. Der Stadtrat hat seinen Auftrag ernst genommen und ist die Aufgabe differenziert angegangen. Zur effektiven und gezielten Förderung der Integration war eine Bedarfsanalyse nötig. Integration ist einerseits eine Aufgabe der Gesamtgesellschaft und andererseits auch wesentlich eine Aufgabe der einzelnen Person. Demnach braucht es Motivation und Information. Das Konzept des Stadtrats berücksichtigt diese Voraussetzungen. Auf kommunaler Ebene bezieht sich Integrationspolitik auf tatsächlich anwesende Menschen, die Teil unserer Gesellschaft sind. Die Regulierung der Zuwanderung hingegen ist Sache der übergeordneten Instanzen. Unsere Aufgabe ist es, uns mit den Realitäten möglichst gut auseinanderzusetzen und, wo nötig, Unterstützung zu bieten. In diesem Sinne ist die Weisung eine sachliche Antwort auf eine gegebene Fragestellung, die die Zukunft unserer Stadt wesentlich betrifft. Selbstverantwortung mag zwar ein sehr wichtiger Aspekt sein, doch dürfen wir nicht einfach einem Wunschdenken verfallen und ausser Acht lassen, dass es sehr unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Qualifikationsgraden gibt. Der Stadtrat lehnt die in der Motion geforderte Kostenlosigkeit der Kurse ab. Die finanzielle Hürde darf für die Kursteilnehmer aber nicht zu hoch sein, deshalb schaffen wir einen Anreiz in Form von Gutscheinen für Folgekurse. Wir schlagen eine Pilotphase vor, um Aufschluss über die Nutzung der Angebote und nötige Optimierungen zu erhalten. Das Konzept der Erstinformation ist ein Teil der städtischen Integrationsziele 2012–2014 und ein wichtiges Puzzleteil in der gesamten Integrationspolitik. Wir müssen uns mit den Realitäten auseinandersetzen: Zürich ist eine internationale Stadt, und Globalisierung findet statt. Es ist unsere Aufgabe, in ein gutes Zusammenleben zu investieren.*

Änderungsantrag zur Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung zur Dispositivziffer 1:

1. Von der vom Stadtrat vorgesehenen Informationsarbeit zugunsten der ausländischen Bevölkerung sowie dem beabsichtigten Pilotprojekt «Ergänzende Informationsprodukte» wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit: Marianne Dubs Früh (SP), Referentin; Präsident Mark Richli (SP), Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Isabel Garcia (GLP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Daniel Meier (CVP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Fabienne Nicole Vocat (Grüne)
Minderheit: Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Margrit Haller (SVP), Marc Hohl (FDP), Dr. Thomas Monn (SVP), Claudia Simon (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 39 Stimmen zu.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Marianne Dubs Früh (SP), Referentin; Präsident Mark Richli (SP), Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Isabel Garcia (GLP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Daniel Meier (CVP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Fabienne Nicole Vocat (Grüne)
Minderheit: Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Margrit Haller (SVP), Marc Hohl (FDP), Dr. Thomas Monn (SVP), Claudia Simon (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 39 Stimmen zu.

Dispositivziffer 2

Kommissionsminderheit:

Ruth Anhorn (SVP): *Den Kursteilnehmenden sollen die Kosten bei regelmässigem Kursbesuch in Form von Deutschkurs-Gutscheinen zurückerstattet werden. Ob von den Gutscheinen auch tatsächlich Gebrauch gemacht werden wird, wird sich erst noch zeigen müssen. Die Stadt Zürich leistet bereits einen sehr hohen Beitrag für die Integrationsförderung. So werden verschiedene Vereine und Organisationen unterstützt, und der Ausländerbeirat steht Ausländerinnen zur Verfügung.*

Änderungsantrag zur Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Streichung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Marianne Dubs Früh (SP), Referentin; Präsident Mark Richli (SP), Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Isabel Garcia (GLP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Daniel Meier (CVP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Fabienne Nicole Vocat (Grüne)
Minderheit: Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Margrit Haller (SVP), Marc Hohl (FDP), Dr. Thomas Monn (SVP), Claudia Simon (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 39 Stimmen zu.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Marianne Dubs Früh (SP), Referentin; Präsident Mark Richli (SP), Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Isabel Garcia (GLP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Daniel Meier (CVP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Fabienne Nicole Vocat (Grüne)
Minderheit: Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Margrit Haller (SVP), Marc Hohl (FDP), Dr. Thomas Monn (SVP), Claudia Simon (FDP)

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 39 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Dispositivziffer 3

Kommissionsreferentin:

Marianne Dubs Früh (SP): *Wir sind mit der Abschreibung der Motion einverstanden.*

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 3

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Marianne Dubs Früh (SP), Referentin; Präsident Mark Richli (SP), Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Ruth Anhorn (SVP), Isabel Garcia (GLP), Margrit Haller (SVP), Marc Hohl (FDP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Daniel Meier (CVP), Dr. Thomas Monn (SVP), Claudia Simon (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Fabienne Nicole Vocat (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 118 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Von der vom Stadtrat vorgesehenen Informationsarbeit zugunsten der ausländischen Bevölkerung sowie dem beabsichtigten Pilotprojekt «Ergänzende Informationsprodukte» wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Der Budgetkredit von Stadtentwicklung Zürich wird für das Jahr 2012 auf folgenden Konten erhöht:

Konto/Bezeichnung	Budget 2012 (bisher) Fr.	Erhöhung Fr.	Budget 2012 (neu) Fr.
(1505) 3010 0000 Löhne Personal	3 156 100	58 000	3 214 100
(1505) 3030 0000 Sozialversicherungsbeiträge	241 600	5 000	246 600
(1505) 3040 0000 Personalversicherungsbeiträge	360 900	7 000	367 900
(1505) 3101 0000 Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten	93 800	10 000	103 800
(1505) 3160 0000 Miete und Pacht von Liegenschaften	25 000	7 000	32 000
(1505) 3161 0000 Mieten und Benutzungskosten	21 400	3 000	24 400
(1505) 3180 0000 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter	1 490 000	10 000	1 500 000
Total Budgeterhöhung		100 000	

3. Die Motion, GR Nr. 2007/138, von der SP-Fraktion, der CVP-Fraktion und der EVP-Fraktion vom 21. März 2007 betreffend «Integrationskurse, kostenloses Angebot für ausländische Bevölkerung» wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 19. September 2012 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

3071. 2010/146

Weisung vom 04.04.2012:

Postulat von Christine Seidler (SP) und Alecs Recher (AL) betreffend Kunsthaus, Schaffung einer Plattform für einen öffentlichen Diskurs über die Bührlle-Sammlung

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Postulat von Christine Seidler und Alecs Recher betreffend Kunsthaus, Schaffung einer Plattform für einen öffentlichen Diskurs über die Bührlle-Sammlung, wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2010/146, von Christine Seidler (SP) und Alecs Recher (AL) vom 31. März 2010 betreffend Kunsthaus, Schaffung einer Plattform für einen öffentlichen Diskurs über die Bührlle-Sammlung, wird als erledigt abgeschrieben.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferent:

***Dr. Jean-Daniel Strub (SP):** Gemäss Stadtrat ist die bessere öffentliche Zugänglichkeit der Bührlle-Sammlung von Bedeutung, nicht zuletzt für die öffentliche Auseinandersetzung mit der Herkunft der Bilder und der Entstehungsgeschichte der Sammlung. Der Stadtrat erinnert daran, dass die Stiftung Sammlung Bührlle in vergangener Zeit auf vorbildliche Art und Weise Provenienzforschung betrieben hat und damit auch einen wichtigen Beitrag zur Klärung der Herkunft dieser Bilder geleistet hat. Gleichzeitig weist der Stadtrat darauf hin, dass es auch der Zürcher Kunstgesellschaft, der Betreiberin des Kunsthauses, ein Anliegen ist, die problematischen Aspekte der Entstehungsgeschichte der Sammlung Bührlle offen und transparent aufzuzeigen. In der Weisung wird dies durch ein Zitat von Christoph Becker, Direktor des Kunsthauses, bekräftigt. Weiter wird festgehalten, dass es jetzt, fünf Jahre vor Inbetriebnahme des Erweiterungsbaus, noch nicht möglich ist, genaue Vorstellungen über die Dokumentation abzugeben. Einen Anhaltspunkt dafür kann aber die Ausstellung «Van Gogh, Cézanne, Monet – Die Sammlung Bührlle zu Gast im Kunsthaus Zürich» aus dem Jahr 2010 liefern. Die Pflicht zur Dokumentation der Geschichte der Sammlung wird sowohl im Vertrag zwischen der Zürcher Kunstgesellschaft und der Stiftung Bührlle als auch in der neuen Subventionsvereinbarung zwischen der Stadt und der Kunstgesellschaft enthalten und somit festgeschrieben sein.*

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 1

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Referent; Präsident Mark Richli (SP), Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Ruth Anhorn (SVP), Marianne Dubs Früh (SP), Isabel Garcia (GLP), Margrit Haller (SVP), Marc Hohl (FDP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Daniel Meier (CVP), Dr. Thomas Monn (SVP), Claudia Simon (FDP), Fabienne Nicole Vocat (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 113 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 2

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Referent; Präsident Mark Richli (SP), Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Ruth Anhorn (SVP), Marianne Dubs Früh (SP), Isabel Garcia (GLP), Margrit Haller (SVP), Marc Hohl (FDP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Daniel Meier (CVP), Dr. Thomas Monn (SVP), Claudia Simon (FDP), Fabienne Nicole Vocat (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 113 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Postulat von Christine Seidler und Alecs Recher betreffend Kunsthaus, Schaffung einer Plattform für einen öffentlichen Diskurs über die Bührlsammlung, wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2010/146, von Christine Seidler (SP) und Alecs Recher (AL) vom 31. März 2010 betreffend Kunsthaus, Schaffung einer Plattform für einen öffentlichen Diskurs über die Bührlsammlung, wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 19. September 2012

3072. 2009/306

Postulat von Mirella Wepf (SP) und Dr. Claudia Nielsen (SP) vom 01.07.2009: Entwicklung von Zürich zum «Energy-Efficiency Valley» von Europa

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Mirella Wepf (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4607/2009): Im Zusammenhang mit Energieeffizienz haben wir eine gute Ausgangslage, unter anderem dank zwei hervorragenden Hochschulen, einer guten Bau- und Architekturbranche, Google vor Ort, kleinen Betrieben, dem Technopark sowie weiteren bedeutenden Institutionen. Wir haben eine reelle Chance, uns weiterzuentwickeln, auch wirtschaftlich. Dafür braucht es aber eine gezielte Strategie.*

***Martin Bürlimann (SVP)** begründet den von Mauro Tuena (SVP) namens der SVP-Fraktion am 19. August 2009 gestellten Ablehnungsantrag: Es geht hier natürlich um die 2000-Watt-Gesellschaft. Die Begründung des Postulats ist von entwaffnender Offenheit: «2000-Watt-Gesellschaft ist ein Begriff, den viele Laien nicht mit einem positiven Bild verbinden können und ihn allenfalls mit Verzicht assoziieren. Der ans erfolgreiche Silicon Valley angelehnte Begriff «Energy-Efficiency Valley» könnte diese Lücke möglicherweise füllen [...]» Mit einem englischen Begriff soll also der sehr wohl verständliche Begriff der 2000-Watt-Gesellschaft verschleiert werden. Die 2000-Watt-Gesellschaft bedeutet in der Tat Verzicht. Das Postulat zielt an der Realität vorbei.*

Das Postulat wird mit 69 gegen 43 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3073. 2009/428

**Postulat von Marcel Z'graggen (CVP) und Richard Rabelbauer (EVP), vertreten durch Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) vom 23.09.2009:
Zuteilung der frei werdenden Räume an der Röslistrasse 11 zur Röslichshüür**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4887/2009): Der Bedarf an Räumlichkeiten für das Quartier ist nach wie vor akut. So möchte der Quartierverein z. B. eine Küche einbauen, um bei Quartieranlässen auch Verpflegung anbieten zu können. Die heute von der Stadt genutzten, wunderschönen Altbau-Räumlichkeiten liegen für den Quartierverein günstig und zentral. Natürlich wäre es für den Stadtrat mit Aufwand verbunden, wenn er z. B. für die heute an der Röslistrasse 11 untergebrachten ZüriWC einen neuen Standort suchen müsste. Während den ZüriWC ihr Standort aber egal sein kann, ist es für das Quartier entscheidend, lokal Veranstaltungen durchführen zu können.*

***Roger Liebi (SVP)** begründet den von Bruno Amacker (SVP) namens der SVP-Fraktion am 28. Oktober 2009 gestellten Textänderungsantrag: In der Stadt Zürich und auch im Kreis 6 ist der Wohnraum knapp. Die SVP hat zwar Sympathien für die Umnutzung der Räumlichkeiten, möchte aber eine Zurücknutzung als Wohnraum beantragen. Die Verhältnisse dafür wären ideal, und das Bedürfnis der Stadtbevölkerung ist angesichts der Zuwanderung und des Wohnungsmangels gross.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

***STP Corine Mauch:** Der Stadtrat hat grosses Verständnis für die Forderung des Postulats und ist bereit, es entgegenzunehmen. Allerdings können die Räumlichkeiten nicht in absehbarer Frist der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Derzeit werden sie vom Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD) genutzt. Weil die Raumverhältnisse in der Walche sehr prekär sind, und die Röslistrasse 11 gut gelegen ist, hat sich die Immobilien-Bewirtschaftung (IMMO) entschieden, den Standort der ZüriWC bis auf Weiteres nicht zu verlegen. Von Vorteil ist, dass wir für diese Verwaltungsabteilung keine teuren Räume zumieten müssen. Sollte das GUD die Räume einmal nicht mehr nutzen, werden wir uns darum bemühen, diese der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.*

***Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP)** ist mit der Textänderung einverstanden: Wenn die Textänderung dazu führt, dass 118 Personen dem Postulat zustimmen, nehmen wir sie gern an.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die durch den Umzug des Datenschutzbeauftragten an die Beckenhofstrasse 59 frei werdenden Räumlichkeiten an der Röslistrasse 11 nicht wie vorgesehen als Reservbüro für die städtische Verwaltung genutzt, sondern wieder als Wohnraum genutzt werden kann als Ergänzung und in Abstimmung zu den in der Röslichshüür vorhandenen Räumlichkeiten der Quartierbevölkerung zugänglich gemacht werden könnten.

Das geänderte Postulat wird mit 83 gegen 26 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3074. 2010/21

**Motion von Mauro Tuena (SVP) und Stephan Lienhard (SVP) vom 13.01.2010:
Verzicht auf Veranstaltungen der Stadtregierung während 90 Tagen vor den
Gesamterneuerungswahlen des Stadtrats**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

Mauro Tuena (SVP) begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 5378/2010): *Zurzeit befinden wir uns in der Mitte einer Legislatur und sehen die Stadträtinnen und Stadträte fast nur an Pressekonferenzen und Anlässen, die tatsächlich nötig sind. Wenige Wochen vor den Gesamterneuerungswahlen des Stadtrats allerdings, wenn alle neuen Kandidatinnen und Kandidaten viel Geld für den Wahlkampf ausgeben müssen, rücken sich die Stadträtinnen und Stadträte gern ins richtige Licht, indem sie mit Inseraten für fragwürdige Veranstaltungen werben, wie z. B. die Eröffnung eines Brunnens oder die Besichtigung eines Denkmals. Von solchen Anlässen erhoffen sich die Stadträtinnen und Stadträte, nicht vergessen zu gehen. Störend daran ist, dass die Werbung auf Kosten der Steuerzahlenden geht.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Gemäss Gesetz hat der Stadtrat den Auftrag, die Bevölkerung über seine Aktivitäten zu informieren. Diese Pflicht kann nicht einfach 90 Tage vor den Gesamterneuerungswahlen erlöschen. Ein solches Moratorium wäre nicht mit unserer Funktionsweise und unserem Informationsauftrag vereinbar.*

Weitere Wortmeldungen:

Severin Pflüger (FDP): *Wir müssen doch wissen, was in unserer Stadt läuft. Ausserdem bevorzugen wir Informationen aus erster Hand. Auch vor einer Wahl sollen sich die Mitglieder des Stadtrats direkt äussern und dadurch den Stimmberechtigten einen unverfälschten Eindruck vermitteln können. Eine Delegation des stadträtlichen Informationsauftrags an die Verwaltungsspitzen und an Stabsstellen wäre nicht sinnvoll. Den Motionären ist aber insofern beizupflichten, als es jeweils in der Phase vor den Stadtratswahlen tatsächlich eine Häufung von Medienkonferenzen mit schwachem bis gar keinem Inhalt gibt. Diese Schelte muss sich der Stadtrat gefallen lassen. Die Mitglieder sollten den politischen Informationsauftrag korrekterweise klar von ihrem privaten Wahlkampf trennen. Dies ist aber kein Grund zur Änderung der Gemeindeordnung. Es reicht, dass das Thema jetzt wieder einmal zur Sprache gekommen ist.*

Min Li Marti (SP): *Die Stadträtinnen und Stadträte haben das Recht und die Pflicht, mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten und darüber zu informieren, und zwar auch vor den Wahlen. Solche Auftritte helfen den Stimmberechtigten schliesslich auch, sich ein Urteil zu bilden. Das letzte Wahlkampfespektakel braucht sich natürlich trotzdem nicht zu wiederholen.*

Roger Liebi (SVP): *Ein Stadtratsmitglied, dem es nicht gelingt, während der Legislatur auf sich und seine Arbeit aufmerksam zu machen, wird dieses Defizit in den 90 Tagen vor den Wahlen auch nicht mehr aufholen können.*

Isabel Garcia (GLP): *Anfänglich hegten wir noch Sympathie für die Motion. Nach einer genaueren Betrachtung kamen wir aber zum Schluss, dass das Begehren einige Tücken und sehr viele Fragezeichen aufweist. Unklar ist einerseits, wie genau überprüft werden könnte, ob es sich um steuergeldfinanzierte Veranstaltungen handelt oder nicht.*

Weiter stellte sich auch die Frage, wie in diesem Zusammenhang Neukandidierende zu behandeln wären.

Markus Hungerbühler (CVP): Die Bevölkerung erwartet, dass der Stadtrat präsent ist. Stadträtinnen und Stadträte sollen keine politischen Eunuchen sein. Die Forderung ist realitätsfremd.

Michael Baumer (FDP): Das Begehren der Motion ist im Gesetz bereits festgeschrieben. Demnach müssen Informationstätigkeiten öffentlicher Organe sachlich und objektiv sein. Politische Propaganda im Vorfeld von Wahlen ist damit ausgeschlossen. Abweichendes Verhalten muss zwar gerügt werden, eine Gesetzesänderung vermag dies aber nicht.

Mauro Tuena (SVP): Ich bin froh über das Votum von Severin Pflüger (FDP) und bitte die Stadtpräsidentin, zur Kenntnis zu nehmen, dass es durchaus kritische Stimmen betreffend solche «Aktivitäten-im-letzten-Moment» gibt. Man will zwar offenbar nicht den Weg über die Motion nehmen, den Stadtrat aber doch mahnen, sich mit unwichtigen Veranstaltungen zurückzuhalten.

Die Motion wird mit 23 gegen 97 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3075. 2012/338

Postulat von Urs Fehr (SVP) und Heinz Schatt (SVP) vom 12.09.2012: Effizientere Bewirtschaftung der Bootsplätze und Bojen im Zürcher Seebecken

Von Urs Fehr (SVP) und Heinz Schatt (SVP) ist am 12. September 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie eine bessere Bewirtschaftung der Bootsplätze inkl. Bojen im Zürcher Seebecken erzielt werden kann.

Begründung:

Im Zürcher Seebecken hat es etwa 2100 Schiffstandplätze. Es gibt eine Warteliste von ca. 1200 Anwärtern. Die Wartefrist beträgt zum Teil über 20 Jahre! Dies ist ein unhaltbarer Zustand. Durch eine bessere, effizientere Bewirtschaftung sollte es möglich sein, die Liste mit den Anwärtern zu reduzieren und die Wartefristen massiv zu verkürzen.

Mitteilung an den Stadtrat

Das Postulat wird auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

3076. 2012/339

**Schriftliche Anfrage der AL-Fraktion vom 12.09.2012:
Technische Überwachungsgeräte im öffentlichen Raum, konkrete Einsätze sowie rechtliche Grundlagen**

Von der AL-Fraktion ist am 12. September 2012 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Zur Antwort des Stadtrats auf die Schriftliche Anfrage 2012/219 ("Präventive technische Überwachung durch die Polizei im öffentlichen Raum, rechtliche Grundlagen für die Video-, Ton- und Fotoaufnahmen von Demonstrierenden, Festbesuchern und Passanten") und der der Antwort beigefügten Stellungnahme des Datenschutzbeauftragten bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Nach-Fragen.

1. An welchen Anlässen kamen in den Jahren 2009, 2010, 2011 und im laufenden Jahr
 - a. Aufnahmegeräte zum Zweck der Strafverfolgung
 - b. Live-Übertragungen für Einsatzleitungen zum Einsatz?
2. Können Teilnehmer_innen eines Grossanlasses technische Überwachungsgeräte, die zum Zweck der Strafverfolgung eingesetzt werden, von Geräten, die für die Live-Übertragung in die Einsatzleitung eingesetzt werden, unterscheiden?
3. Wie wird sichergestellt, dass die Signale der für Live-Übertragungen zum Einsatz kommenden Geräte nicht aufgezeichnet werden, bzw. unmittelbar nach der Betrachtung wieder gelöscht werden? Wie wird sichergestellt, dass Polizist_innen Aufnahmen nicht kopieren vor dem Löschen?
4. An wie vielen Tagen kamen in den Jahren 2009, 2010, 2011 und im laufenden Jahr die Minolta-Teams der Stadtpolizei zum Einsatz?
5. Den Fragestellenden ist bekannt, dass bei einer nicht bewilligten Vordemonstration zum Frauentag am 26. Februar 2011 ein Minolta-Team im Einsatz war. Kann dies noch als zurückhaltender und dosierter Einsatz bezeichnet werden, die von der StPO gedeckt ist?
6. Ist es richtig, dass während eines Anlasses, bei dem die Stadtpolizei von einem hohen Gefährdungspotenzial ausgeht, Aufnahmen mit technischen Überwachungsgeräten zum Zweck der Strafverfolgung erfolgen, bevor ein konkreter Anfangsverdacht auf Begehung von Straftaten vorliegt?
7. Welche Anzeichen auf ein strafbares Verhalten, die im Sinne des Datenschutzbeauftragten für einen strafrechtlich relevanten "Anfangsverdacht" vorliegen müssen, liegen bei Beginn eines 1.-Mai-Umzugs oder vor einem Hochrisikospiele konkret vor (die Fragestellenden gehen davon aus, dass an diesen Anlässen technisches Überwachungsgerät grossflächig zum Einsatz kommt)?
8. Kann von einem äusserst zurückhaltenden und dosierten Einsatz von Fotoaufnahmegeräten und Videokameras gesprochen werden, wenn an 1.-Mai-Kundgebungen oder Sportveranstaltungen Teilnehmer_innen beziehungsweise Besucher_innen praktisch flächendeckend gefilmt oder fotografiert werden?
9. Am 1. Mai 2012 sind auch Quartierbewohner_innen (wie z.B. der Fraktionschef der AL), Ladeninhaber_innen, offensichtlich friedliche Passant_innen und ähnliche Personen von der Stadtpolizei aus nächster Nähe gefilmt worden, ohne dass ein konkreter Anlass oder ein Anzeichen für eine Straftat bestanden hatte. Wie erklärt der Stadtrat, insbesondere auf dem Hintergrund der Stellungnahme des Datenschutzbeauftragten, die Rechtmässigkeit dieser Aufnahmen? Sollte er zu dem Schluss kommen, dass die Rechtmässigkeit nicht gegeben war: Was unternimmt er konkret, damit das Korps in Zukunft keine unerlaubten Aufnahmen mehr macht und wie überprüft er dies?
10. Welches sind die Folgen, wenn ein_e Polizist_in sich nicht an die rechtlichen Vorgaben bezüglich Foto- und Videoaufnahmen hält? (sowohl für die fehlbare Person als auch darüber hinaus, insbesondere bezüglich der Aufnahmen und der aufgenommenen Personen)
11. Der Datenschutzbeauftragte weist in seiner Stellungnahme darauf hin, dass bei 1.-Mai-Veranstaltungen polizeiliche Massnahmen in die grundrechtlich geschützte Versammlungsfreiheit eingreifen können. Konkret ist davon auszugehen, dass potentielle Teilnehmer_innen nicht an einer Kundgebung teilnehmen, wenn sie davon ausgehen müssen, von der Polizei fotografiert bzw. gefilmt zu werden. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass die Polizei mit Film- und Videoaufnahmen nicht in die grundrechtlich geschützte Versammlungsfreiheit eingreift?

Mitteilung an den Stadtrat

3077. 2012/340

Schriftliche Anfrage von Mauro Tuena (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 12.09.2012:

Polizeiliche Bewilligung für Strassenaktionen, rechtliche Grundlagen und städtische Bewilligungspraxis

Von Mauro Tuena (SVP) und Roland Scheck (SVP) ist am 12. September 2012 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Wie aus den Medien bekannt wurde, bemühte sich eine Werbeagentur einer privaten Kabelnetzbetreiberin um eine polizeiliche Bewilligung für diverse Strassenaktionen auf öffentlichem Grund. Geplant waren Flyerverteilkaktionen. Dabei sollten die Personen, welche die Flyer verteilen, in speziell entwickelten Kostümen sozusagen als wandelnde Glasfaserkabel umherlaufen.

Der Chef des Büros öffentlicher Grund teilte der Gesuchstellerin schriftlich mit, dass eine solche Bewilligung nicht erteilt werde. Als Grund wurde angegeben, dass die Sicherheit nicht gewährleistet sei, da die kostümierte Person nicht nach oben schauen könne.

In diesem Zusammenhang bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Gemäss welchen Gesetzen wurde die entsprechende ursprünglich eingeholte Bewilligung, also mit Kostümen, verweigert?
2. Wie begründet der Stadtrat den Umstand des Nichterteilens der Bewilligung, dass kurz vor einer städtischen Abstimmung zum EWZ-Glasfasernetz eine private Kabelnetzbetreiberin auf ihr eigenes, modernes, flächendeckendes Kabelnetz aufmerksam machen wollte?
3. Hat dieses Schreiben des Chefs des Büros für öffentlichen Grund den Charakter einer rechtsgültigen Verfügung? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, wurden entsprechende Rechtsmittelbelehrungen beigelegt und wie kann gegen einen solchen Entscheid rekuriert werden?
4. Wie beurteilt der Stadtrat die Tatsache, dass die SBB auf ihrem Gebiet in sehr stark frequentierten Bahnhöfen kein so genanntes Sicherheitsbedenken hat?
5. Welche Personen mit welchen Dienstgraden erteilen Gesuchstellern wie oben erwähnt Bewilligungen und/oder Absagen?
6. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass keine willkürlichen Entscheide in Zusammenhang mit dem Erteilen/Verweigern einer Bewilligung zustande kommen?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

3078. 2012/272

Dringliche Schriftliche Anfrage von Tamara Lauber (FDP) und 31 Mitunterzeichnenden vom 27.06.2012:

Durchführung eines Personalfestes im Hotel Dolder Grand für die Belegschaft des Pflegezentrums Witikon

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1080 vom 5. September 2012).

3079. 2012/249

Schriftliche Anfrage von Andrea Hochreutener (SP) und Christoph Gut (SP) vom 13.06.2012:

Integrative Förderung in den Regelklassen, Massnahmen und Ressourcen für die integrative und separative Förderung

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1023 vom 29. August 2012).

- 3080. 2012/274**
Schriftliche Anfrage von Michael Baumer (FDP) und Ursula Uttinger (FDP) vom 27.06.2012:
Städtische Strategie im Umgang mit Lärmklagen bei Parties und besetzten Liegenschaften

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1021 vom 29. August 2012).

- 3081. 2012/180**
Schriftliche Anfrage von Peter Küng (SP) und Dr. Davy Graf (SP) vom 18.04.2012:
Anlagepolitik der Pensionskasse der Stadt Zürich (PKZH) und der Unfallversicherung der Stadt Zürich (UVZ) und Kontrollmöglichkeiten zur Einhaltung von sozial- und umweltverträglichen Standards

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1066 vom 5. September 2012).

- 3082. 2012/238**
Schriftliche Anfrage von Dr. Esther Straub (SP) und Katrin Wüthrich (SP) vom 06.06.2012:
Angebot der Stadt Zürich für eine freiwillige Taggeldversicherung ihrer Angestellten sowie Anzahl Personen mit Anspruch auf eine Lohnfortzahlung

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1063 5. September 2012).

- 3083. 2012/286**
Schriftliche Anfrage von Mark Richli (SP), Samuel Dubno (GLP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 04.07.2012:
Trägerverein des Cabaret Voltaire, beschlossene Neuorganisation und inhaltliche Neuausrichtung für das Dada-Haus

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1104 vom 5. September 2012).

- 3084. 2012/37**
Weisung vom 01.02.2012:
Dringliche Motion von Jacqueline Badran (SP) und Dr. André Odermatt (SP) betreffend Anpassung von Baurechtsverträgen mit gemeinnützigen Baurechtsträgern, Änderung eines Gemeinderatsbeschlusses, Abschreibung der Motion

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 11. Juli 2012 ist am 17. August 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 19. September 2012.

3085. 2012/128

Weisung vom 28.03.2012:

Liegenschaftsverwaltung, Verkauf der Wohnliegenschaft Katzenbachstrasse 16 im Quartier Seebach an die Baugenossenschaft Glattal Zürich zwecks Arrondierung

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 11. Juli 2012 ist am 17. August 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 19. September 2012.

3086. 2012/201

Weisung vom 16.05.2012:

Liegenschaftsverwaltung, Veräusserung Teil der Konrad-Ilg-Strasse, Quartier Höngg, an die Gewerkschaftliche Wohn- und Baugenossenschaft GEWO BAG

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 11. Juli 2012 ist am 17. August 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 19. September 2012.

3087. 2012/111

Weisung vom 21.03.2012:

Kultur, Verein Kunsthalle Zürich, Jahresbeiträge 2012 bis 2015 und einmaliger Umzugsbeitrag

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 11. Juli 2012 ist am 17. August 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 19. September 2012.

Nächste Sitzung: 19. September 2012, 17 Uhr.